



Essen, 22.Juni 2006

An den KonzernBeschäftigtenrat
für den Konzern Stadt Essen

Stellungnahme zu Ihren Wahlprüfsteinen

1. Welche Garantien geben Sie den Beschäftigten unter dem Aspekt von Privatisierungen zum Thema Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen im Konzern?

Essen steht AUF spricht sich grundsätzlich gegen die Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge aus, weil damit sowohl die Leistungen für die EssenerInnen beschnitten als auch Beschäftigte der Stadt wegrationalisiert werden. Wir haben Anträge im Rat gestellt auf Einrichtung neuer sozialversicherungspflichtiger Stellen bei der Stadt gegen die 1-Euro-Jobber-Politik von Schwarz-Grün. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung nach der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich auch im Konzern Stadt Essen, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

2. Wo sehen Sie die soziale Verantwortung des Konzerns im Zusammenhang mit Aus- und Weiterbildung im Themenfeld alternder Belegschaften?

Essen steht AUF fordert eine Ausbildungsquote beim Konzern Stadt Essen von 10% der Beschäftigten sowie die Übernahme aller Auszubildenden nach der Lehre entsprechend ihrer Ausbildung. Dazu haben wir im April 2007 mit der Gewerkschaftsjugend und anderen Jugendverbänden in Essen zusammen eine Postkartenaktion unter der Essener Bevölkerung zur sofortigen Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze bei der Stadt durchgeführt, nach der 1300 Unterschriften an den Oberbürgermeister überreicht wurden. Ich halte es für unverantwortlich gegenüber der Stadt und den MitarbeiterInnen, wie angesichts der absehbaren Alterung der Konzernbelegschaften die Stadtverwaltung an Ausbildung und oft auch an Weiterbildung „spart“.

3. Bekennen Sie sich zur öffentlichen Dienstleistung? Welche Bereiche der öffentlichen Daseinsfür- und Vorsorge sehen Sie auch künftig in kommunaler Trägerschaft?

Essen steht AUF vertritt, dass alle diese Bereiche, einschließlich Ver- und Entsorgung in öffentlicher Hand bleiben bzw. kommen. Deshalb haben wir uns vehement auch für die Übernahme der Fernwärmeversorgung bei Vertragsende in städtische Hand eingesetzt und unterstützen die Netzübernahme beim Strom. Wir treten darüber hinaus für die sofortige Auflösung aller Cross-Boarder-Leasing-Verträge der Stadt Essen auf Kosten der Banken und Investoren ein. Die Förderung und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, die flächendeckende Einführung wirklicher Ganztagschulen und die Ausweitung kostenfreier städtischer Kindertageseinrichtungen sind unsere wesentlichen Forderungen zum Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen.

4. Wie sichern Sie die zukünftige finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommune bzw. der Stadt Essen?

Essen steht AUF hält die Schaffung und den Erhalt von sozialversicherungspflichtigen Vollzeit-Arbeitsplätzen für die wichtigste Grundlage der kommunalen Finanzen, die vor allem durch Ausgaben für Arbeitslosigkeit gebeutelt werden. Die Schuldenfalle hat in Essen längst zuge-

schnappt. Dagegen ist die Niederschlagung der Zinslasten der Stadt gegenüber den Banken unsere Forderung. Sie trifft mit den Banken genau die Richtigen, und angesichts der Millionen-Geschenke der Regierung an die Großbanken und Konzerne erhält diese Forderung noch mehr Berechtigung. Dass die in Essen ansässigen Großkonzerne kaum Steuern zahlen, ist ein Skandal, der durch die Steuergesetze der Bundesregierung ermöglicht wird.

5. Wie stehen Sie zu den Fragen der Mitgliedschaft im „Kommunalen Arbeitgeberverband“ und zur Tarifbindung, mindestens TVöD?

Bei jeder Umstrukturierung im Konzern Stadt Essen, zum Beispiel bei der Überleitung von Aufgaben der Jugendhilfe in die Jugendhilfe gGmbH, hat *Essen steht AUF* die Einhaltung der Tarifbindung nach TVöD eingefordert und unterstützt die Forderungen der Belegschaften, ihrer Personalräte und Gewerkschaft.

Mit herzlichen Grüßen!

Dietrich Keil
Ratsherr von *Essen steht AUF*
Tel. 0201-556323